

# Das Umweltministerium will künftig wissen, was im Restmüll landet

Die regionalen Abfallverbände müssen künftig genau untersuchen, was Verbraucher im Restmüll entsorgen. Das Umweltministerium will damit eine bessere Mülltrennung erreichen – und so die Menge generell reduzieren. Die Pläne könnten sich auf die Gebühren auswirken.

VON SEBASTIAN STEIN

**MAINZ** Wer die Aluminiumfolie von einer Quarkpackung abreißt und diese getrennt im Müll entsorgt, trägt zum Klimaschutz bei. Denn bis heute gibt es laut Umweltministerium kein technisches Verfahren, das zu dieser Form der Mülltrennung im Stande wäre. Das ist nur das kleinste Beispiel einer Mülltrennungs- und -Vermeidungsstrategie, die sich das rheinland-pfälzische Umweltministerium auf die Fahnen geschrieben hat. Den größten Verbesserungsbedarf sieht man in Mainz allerdings beim Restmüll.

In der grauen Tonne landen zu viele organische Materialien, die eigentlich nicht verbrannt werden müssten. Ganze 40 Prozent des Restmülls bestehen laut Umweltbundesamt daraus. Insbesondere in der Region Trier ist auch die Gesamtmenge des Rest- und Sperrmülls viel zu hoch – und landesweit Spitzenwert. Das Umweltministerium will beim Biomüll künftig auf insgesamt 15 Prozent runter kommen. Der Anteil des Biomülls im Restmüll soll dann bei maximal 20 Kilogramm pro Kopf jährlich liegen. In den Städten darf der Wert



Die Biotonne ist nach Meinung des Umweltministeriums zwar nicht der einzige, aber ein wirkungsvoller Weg zur Mülltrennung und -vermeidung.  
FOTO: DPA

aufgrund der Siedlungsumstände etwas höher sein.

Dazu hat Umweltministerin Katrin Eder (Grüne) am Mittwoch in Mainz den sogenannten Abfallwirtschaftsplan vorgestellt. Was zunächst abstrakt klingt, könnte schon bald Folgen für die Verbraucher haben. Um den Müll zu reduzieren, könnten die Abfallentsorger künftig auch an der Preisschraube drehen. Mit einem „intelligenten“ Gebührensystem könne man Anreize setzen, sagte die Umweltministerin. Dies funktioniere etwa mit einer Umstellung auf kleinere Tonnen für Restmüll. In der Region Trier steht nun womöglich auch die Einführung einer Biotonne zur Debatte. Kern des Ministeriumsplans die genaue Überwachung der Müll-

inhalte. Konkret will das Land wissen, was im Restmüll der Verbraucher landet. Die Abfallentsorger müssen dies alle fünf Jahre per Analyse genau überprüfen und anhand dessen Konzepte entwickeln, wie die Menge reduziert werden kann. Dadurch wiederum kann das Ministerium bewerten, ob die regionalen Entsorger die Ziele erfolgreich umsetzen. Im Vergleich fällt dann auf, wo die Schwachpunkte liegen.

„Sind im Restabfall nur noch wenige bis gar keine recyclingfähigen Stoffe enthalten“, so habe die geforderte Getrennsammlung gut funktioniert. Der in der Region Trier verantwortliche Verband ART kündigte gegenüber unserer Redaktion an, dass die Pläne des Ministeriums nur mit

„nennenswerten Kosten- und Gebührensteigerungen für die Bürger“ umsetzbar seien.

Umweltministerin Eder sagte allerdings, durch die Verwertung der Abfälle könnten bei den Entsorgern auch Einnahmen entstehen – etwa durch die Gewinnung von Biogas. Die Reste aus der Vergärung könnten derweil als Düngemittel eingesetzt werden. „Bioabfall ist zu schade zum Verbrennen“, sagte Eder. In Rheinland-Pfalz gibt es nach Angaben des Ministeriums acht Biovergärungsanlagen. Dort könnten über 60 Prozent der Bioabfälle energetisch genutzt werden. „Damit liegt Rheinland-Pfalz weit über dem bundesweiten Durchschnitt von circa 33 Prozent“, so die Ministerin.

# Flutschäden: Land erteilt Müllmännern Abfuhr

Der regionale Abfallzweckverband hat dem Land mit einer Klage gedroht, sollten nicht sämtliche Entsorgungskosten der Flutabfälle übernommen werden. Genutzt hat die Drohung allerdings nichts. Und jetzt?

VON ROLF SEYDEWITZ

**MAINZ** Im Streit zwischen dem Abfallzweckverband ART und dem Land wegen der Bezahlung von Flut-Entsorgungskosten haben die regionalen Müllmänner offenbar das Nachsehen. Mit den vom Land abgesetzten rund 4,3 Millionen Euro sei der weit überwiegende Anteil der beantragten 5,3 Millionen Euro anerkannt worden, sagte Innenstaatssekretärin Simone Schneider (SPD) in einer Sitzung des Innenausschusses. Damit seien alle dem Zweckverband durch die Flut entstandenen Schäden abgedeckt.

Nach der Flutkatastrophe im Juli vorletzten Jahres waren insgesamt 71.000 Kubikmeter Abfälle auf den beiden regionalen Deponien Merkesdorf (Kreis Trier-Saarburg) und Sehlern (Kreis Bernkastel-Wittlich) entsorgt worden. Die Kosten dafür stellte der aus den vier Landkreisen und der Stadt Trier bestehende Zweckverband dem Land in Rechnung. Das Geld sollte im Rahmen der Katastrophenhilfe erstattet werden, so der ART.

Doch statt der ursprünglich beantragten sechs Millionen Euro wollte das Land nur 4,3 Millionen Euro erstatten, kritisierten im Oktober die Abfallverantwortlichen. Das Land hielt auf Anfrage unserer Redaktion seinerzeit dagegen, dass in den vom ART berechneten Gebühren-

sätzen auch erhebliche Kosten für Personal, Fahrzeuge, Gebäude sowie sonstige Verwaltungs- und Betriebskosten enthalten seien. Diese Kosten hätten ihre Ursache nicht in der Flut und würden auch folglich nicht vom Land übernommen.

Diese Argumentation wurde jetzt im Ausschuss noch einmal bestätigt. Eine höhere Bewilligung hätte zu einer unzulässigen Überkompensation der durch die Flut erlittenen Schäden geführt, sagte Innenstaatssekretärin Schneider.

Und jetzt? In der ART-Oktober-Sitzung hatte Eifelkreis-Landrat Andreas Kruppert (CDU) gesagt: „Würden wir auf das Geld verzichten, müssten wir es über die Gebühren wieder reinholen.“ Und Krupperts Kollege und Verbandsvorsteher Gregor Eibes (CDU) drohte damals sogar mit einer Klage, sollte das Land nicht die volle Summe überweisen.

## Is die angedrohte Klage des ART gegen das Land jetzt vom Tisch?

Statt markiger Worte kommen vom Abfallzweckverband nach der Abfuhr im Ausschuss nun allerdings eher diplomatische Töne. Nach einem vor Weihnachten in Mainz geführten Gespräch bleibe noch zu klären, inwieweit den Betreibern der Deponien Sehlern und Merkesdorf angesichts der selbstständigen Gebührenhaushalte die noch nicht erstatteten Ablagerungskosten ebenfalls aus dem Wiederaufbauhilfefonds des Bundes ersetzt werden könnten, sagte ART-Sprecherin Kirsten Kielholtz unserer Redaktion. Zudem müsse der ART anerkennen, dass das Land zusätzlich zu den bewilligten Bundesmitteln einen Großteil der Flutschäden ausgeglichen habe und die Richtlinien rechtlich eng gefasst seien.

Das klingt jedenfalls nicht so, als müsse das Land jetzt Angst vor der im Oktober noch vollmundig angedrohten Klage haben.

## Bistum Trier benennt Bischof-Stein-Stiftung um

**TRIER** (dpa) Die Bischof-Stein-Stiftung im Bistum Trier bekommt einen neuen Namen. Sie heiße künftig „Stiftung Glauben Leben im Bistum Trier“, teilte das Bistum Trier am Mittwoch mit. Das Kuratorium der Bischof-Stein-Stiftung habe die Namensänderung am vergangenen Freitag beschlossen. Grund sei eine im Dezember vorgestellte Studie zum Missbrauchsgeschehen in der Amtszeit des früheren Trierer Bischofs Bernhard Stein (1904-1993), die schwere Vertuschungsvorfälle gegen den ihn erhärtet hat.

Laut Unabhängiger Aufarbeitungskommission im Bistum Trier sei Stein „Teil des Systems“ gewesen, das Missbrauchstäter gedeckt und geschützt habe. Der Vorwurf der „zumindest moralischen und systemischen Mitverantwortung“ treffe auch auf Stein zu, der von 1967 bis 1981 Bischof von Trier war. Das Kuratorium der Stiftung habe sich mit der Studie befasst. Laut Mitteilung verurteilten die Mitglieder „den Umgang mit Fällen sexueller Gewalt zur Amtszeit Bischofs Stein und vor allem die Tatsache, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen zu keiner Zeit im Blick waren“. Stein könne daher nicht länger Namensgeber für die Stiftung sein, hieß es.

Die Anfang 2008 gegründete kirchliche Stiftung setzt sich ein für Erziehungs- und Bildungsarbeit in kirchlichen Kindertagesstätten, Schulen, Fach- und Fachhochschulen. Zudem unterstützt sie die Familien- und die Erwachsenenbildung und ist in der Jugendarbeit mit Angeboten aktiv. Die Stiftung betreut derzeit 16 private und institutionelle Treuhandstiftungen. Seit Bestehen sind Fördermittel in Höhe von über 1,5 Millionen Euro vergeben worden.

Auch der Bischof-Stein-Platz nahe des Trierer Doms soll umbenannt werden. Der Trierer Stadtvorstand hatte sich nach der Studie bereits im Dezember dafür ausgesprochen.

# Bitburg-Prüm mit dem größten Bevölkerungszuwachs im Land

In Rheinland-Pfalz leben so viele Menschen wie noch nie. Besonders attraktiv ist der Eifelkreis. Nur der Vulkaneifelkreis weist ein Minus auf.

VON BERND WIENTJES

**BADEMS/TRIER** Nirgendwo in Rheinland-Pfalz ist die Bevölkerung in den vergangenen Jahren so sehr gewachsen wie im Eifelkreis Bitburg-Prüm. Seit 2011 hat sich die Zahl der Einwohner dort um 8,1 Prozent erhöht. Das geht aus der am Mittwoch veröffentlichten vorläufigen Bevölkerungsstatistik des Statistischen Landesamtes hervor.

103.519 Bürger lebten Ende vergangenen Jahres im Eifelkreis, 7744 mehr als zur Volkszählung im Mai 2011. Innerhalb der Landkreise liegt der Eifelkreis damit bei der Bevölkerungsentwicklung im Land an der Spitze, gefolgt von Trier-Saarburg, wo die Einwohnerzahl um 7,4 Prozent auf 153.845 gewachsen ist. Die Bevölkerung im Kreis Bernkastel-Wittlich ist in der Zeit um 3,5 Prozent (115.141 Einwohner) gewachsen, die der Stadt Trier um 6,3 Prozent (112.357). Verlierer in der Region ist der Kreis Vulkaneifel mit einem Minus von 0,3 Prozent. Dort lebten

Ende 2022 insgesamt 163 Menschen weniger als im Mai 2011. Im vergangenen Jahr allerdings wuchs die Bevölkerung in der Vulkaneifel um 1,5 Prozent beziehungsweise um 902 Bewohner. Was den Zuwachs 2022 betrifft, belegt auch dabei der Eifelkreis den Spitzenplatz im Land mit einem Plus von 2,5 Prozent. 2560 neue Einwohner wurden innerhalb eines Jahres bei den Einwohnermeldeämtern in dem Kreis angemeldet.

Die Bevölkerung in Trier-Saarburg wuchs im vergangenen Jahr um 1,8, in Bernkastel-Wittlich um 1,7 und in Trier um 1,6 Prozent. Auch in anderen Teilen des Landes ist die Zahl der Einwohner im vergangenen Jahr gewachsen. Das Statistische Landesamt erklärt das mit einer Zunahme der Zuwanderung. 2022 kamen über 48.000 Menschen aus der Ukraine ins Land. Zum Jahresende 2022 lebten rund 4,2 Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz. Das seien mehr Menschen als jemals zuvor in der 75-jährigen Landesgeschichte, heißt es in der Mitteilung des Landesamtes.

Zum Vergleich: 1950 waren es ziemlich genau drei Millionen.

Laut der Bevölkerungsstatistik stieg die Zahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer vom Jahresende 2021 bis zum Jahresende 2022 um mehr als 65.400 auf rund 566.600. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von mehr als 13 Prozent. Fast jeder siebte Rheinland-Pfälzer verfügt somit nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit, wie die Statistiker vorrechnen.

Die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung weist dagegen erneut ein deutliches Defizit aus. „Die Zahl der im gesamten Jahresverlauf Gestorbenen dürfte mit schätzungsweise annähernd 53.500 um rund 16.700 über der Zahl der Geborenen von rund 36.700 gelegen haben“, erläuterte die Behörde. Die steigende Lebenserwartung und die vergleichsweise niedrigen Geburtenzahlen der vergangenen Jahrzehnte tragen nach Angaben der Fachleute dazu bei, dass sich die Altersstruktur trotz Zuwanderung kontinuierlich wandelt.



Der Eifelkreis hat bei der Einwohnerzahl kräftig zugelegt.  
FOTO: EIFELKREIS

# Risse im Kernkraftwerk Cattenom werfen Fragen auf

Die Risse in Rohren des Atomkraftwerks Cattenom sorgen weiter für Schlagzeilen. Nun besteht der Verdacht, dass bei der Herstellung von Ersatzteilen, die dafür verwendet werden sollen, geschluppt worden sein könnte.

VON BERND WIENTJES

**CATTENOM** Monatelang standen mehr als die Hälfte der französischen Atommeiler still. Zum einen, weil geplante Wartungsarbeiten stattgefunden haben. Zum anderen, weil in einigen Reaktoren, darunter auch in Cattenom, Risse in Rohren des Notkühlsystems festgestellt wurden, mittlerweile laufen 44 der 56 Reaktoren in Frankreich wieder. Die Blöcke 1 und 3 in Cattenom sind noch nicht wieder am Netz. Die Reparaturarbeiten an den Rohren laufen dort noch.

Nun besteht der Verdacht, dass beim Ersetzen der Leitungen möglicherweise qualitativ minderwertige Ersatzteile verwendet wurden. Das jedenfalls befürchtet die Umweltschutzorganisation Greenpeace Luxemburg. In einem Schreiben, das unserer Redaktion vorliegt, an den Direktor des Kernkraftwerks Cattenom, will der Nuklearexperte der Organisation, Roger Spautz wissen, ob in Cattenom defekte Rohre durch Teile aus Italien ersetzt wurden. Der französische Energiekonzern EDF hat eine Fabrik im italienischen Podenzano damit beauftragt, Ersatzteile für die durch Korrosion beschädigten Rohre herzustellen. Bei einer Inspektion durch die französische Atombehörde ASN im Oktober vergangenen Jahres in der Fabrik wurde festgestellt, dass es



Das Kernkraftwerk Cattenom.  
FOTO: DPA

Mängel bei der Qualitätsüberprüfung der Ersatzteile gegeben habe. Die ASN hat EDF in einem zehnteiligen Schreiben, das ebenfalls unserer Redaktion vorgelegt, auf die Ergebnisse der Überprüfung hingewiesen und um Stellungnahme gebeten.

Greenpeace will nun vom Direktor der Anlage in Cattenom wissen, ob die betreffenden Ersatzteile aus der italienischen Fabrik bei der Reparatur der Leitungen verwendet wurden.

Wann die Reparaturen abgeschlossen sind und die Blöcke 1 und 3 in Cattenom wieder ans Netz gehen, ist unklar.

Kurz vor Weihnachten mussten kurzzeitig Block 4 vom Netz genommen werden, weil der Stromverbrauch in Frankreich angesichts milder Temperaturen ungewöhnlich niedrig war. EDF hat daraufhin die Stromproduktion gedrosselt. Während der ungeplanten Abschaltung wurden laut EDF in dem Block Wartungsarbeiten an Rohrleitungen durchgeführt. Am zweiten Weihnachtstag wurde der Reaktor wieder hochgefahren. Seitdem läuft dort die Stromproduktion wieder.

Produktion dieser Seite:  
Heribert Waschbüsch